



Medienkonferenz

Bern, 1. Oktober 2024

Nein zur Änderung des Krankenversicherungsgesetzes (EFAS)

Katharina Prelicz-Huber, Nationalrätin GRÜNE

Eine gute Gesundheitsversorgung ist ein elementares Grundbedürfnis der Menschen und verfassungsmässig garantiert. Um dies zu gewährleisten, muss der Gesundheitsbereich als Service Public organisiert und demokratisch gesteuert sein, gut und sicher ausfinanziert, zugänglich und erschwinglich für alle und mit guten Arbeitsbedingungen für das Personal. Mit EFAS entfernen wir uns meilenweit von diesem Ziel!

Gegen eine einheitliche Finanzierung wäre an sich nichts einzuwenden, würde sie zu einer Entlastung der Prämienzahler*innen trotz hoher Qualität führen. Denn es ist nicht einleuchtend, warum der ambulante Bereich einzig durch die Prämienzahler*innen berappt werden muss – ohne Beteiligung der öffentlichen Hand. EFAS wird dies nicht einlösen, sondern entweder zu höheren Prämien oder zu einem Leistungsabbau führen.

Im November 2021 wurde die Pflegeinitiative angenommen. Das erste Paket mit Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen ist nun in der Umsetzung bei den Kantonen. Auf den zweiten Teil, die Verbesserung von Arbeitsbedingungen wartet das Personal noch immer. EFAS löst die Probleme des Personals nicht. Im Rahmen der Parlamentsberatung war deshalb eine Forderung, zuerst die Pflegeinitiative umzusetzen und dann über die Integration der Langzeitpflege zu diskutieren. Die Mehrheit hat diesen Antrag verworfen.

Nun droht mit EFAS das Gegenteil der Umsetzung der Pflegeinitiative, nämlich noch mehr Druck auf das Personal. In einer Studie des Bundes wird denn auch mit Kosteneinsparungen in der Langzeitpflege gerechnet mit folgender Begründung: "In Bezug auf die 'Durchsetzungskraft der Versicherer' ist denkbar, dass die Versicherer [...] eine wirtschaftliche Leistungserbringung stärker einfordern." Will heissen: Die Kassen werden wortwörtlich den Tarif durchgeben, das Personal muss unten durch.

Und das in einem Bereich, der schon heute seine zu tiefen Löhne und den ungenügenden Betreuungsschlüssel mit der aktuellen Unterfinanzierung begründet. Gleichzeitig ist die Langzeitpflege aufgrund der Alterung der Gesellschaft ein stark wachsender Sektor. Wie soll das aufgehen? Erschwerend kommt dazu, dass der ausgehandelte Kantonsanteil von 27% (und 73% über Prämien!) nicht einmal die heutigen ambulanten und stationären Gesundheitskosten decken wird, ohne die Langzeitpflege einberechnet zu haben. Denn es soll ja gespart werden...! Die Kantone entledigen sich damit den steigenden Kosten, aber auch einer wirkungsvollen Planung und Steuerung zugunsten der Bevölkerung.

Mit der Revision käme es zu einer gewaltigen Machtverschiebung hin zu den Krankenkassen und weg von der demokratischen Steuerung, aber auch vom medizinischen Entscheid und den Bedürfnissen der Patient*innen. Die Revision würde bewirken, dass die Kantone jene 13 Milliarden, die sie heute für Gesundheit aufwenden (9.5 Milliarden für Spitäler und 3.5 Milliarden für Heime und Spitex) neu den Versicherern bezahlen würden. Die Versicherer ihrerseits hätten die Leistungserbringer wie Spitäler, Pflegeheime und ambulante Dienste etc. zu finanzieren. Diese enorme Summe an Steuergeldern würde weder an Leistungsaufträge oder Konzessionen gebunden, noch von einem spezifischen Monitoring erfasst und ausgewiesen. Einen derart drastischen

Regulierungsverzicht gibt es im Bereich der öffentlichen Finanzierung und Grundversorgung bis heute nirgends. Überall, wo die öffentliche Hand Geld verteilt – sei es in der Abfallentsorgung, im öffentlichen Verkehr, im Energiebereich usw. – sind akribische Steuerungs- und Kontrollinstrumente vorhanden: Ausschreibungen, Leistungsaufträge, Konzessionen etc. Nicht so mit EFAS! Im Gegenteil: Sogar bestehende Instrumente wie die Spital- und Pflegeheimliste werden mit EFAS drastisch an Bedeutung und Effektivität verlieren. Künftig wird umso mehr gelten: Wer zahlt, befiehlt. So ist die Reform denn auch ein Lobbyprojekt von Krankenversicherern, die mit EFAS versuchen, die Behandlungspfade stärker zu steuern. Das darf nicht sein. Die Gesundheitsversorgung in der Schweiz ist demokratisch von der öffentlichen Hand zu steuern, nicht von den Krankenversicherern! Hände weg von dieser schädlichen Reform!

Katharina Prelicz-Huber: 076 391 79 15